

Tagesordnung II Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 14. Juli 2016

Vorlagen-Nr. 16-V-20-0009

Bericht über die tarifliche Zusatzversorgung

Beschluss Nr. 0211

1. Der mit Beschluss Nr. 0341 der Stadtverordnetenversammlung vom 02. Oktober 2014 erbetene Bericht zur tariflichen Zusatzversorgung bei der Landeshauptstadt Wiesbaden wird zur Kenntnis genommen (Anlage 2 zur Sitzungsvorlage). Der Beschluss Nr. 0341 der Stadtverordnetenversammlung vom 02. Oktober 2014 ist damit erledigt (Anlage 1 zur Sitzungsvorlage).
2. Der Magistrat (Dezernat VI/20 -Schwerpunkt: finanzielle Risiken) wird beauftragt, i. V. m. Dezernat III/11 (Schwerpunkt: arbeits-/ tarifrechtliche Sicht) im Rahmen der mit Beschluss Nr. 0341 gebildeten Arbeitsgruppe die im Bericht beschriebenen kritischen Faktoren
 - die wirtschaftliche Situation der Zusatzversorgungskasse Wiesbaden soweit erkennbar, z.B. Veränderungen bei der Mitgliedschaft oder Veränderungen bei der Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst,
 - die Entwicklung der Rentenhöhe
 - und Gesetzgebung und Rechtsprechung zur betrieblichen Altersvorsorge (z.B. bezüglich des Ausgleichsbetrags)

im Rahmen ihrer Möglichkeiten aufmerksam zu beobachten und

- die korrekte und günstigste Berücksichtigung der Verbindlichkeiten in den Bilanzen der Stadt bzw. der städtischen Gesellschaften

sicherzustellen.

Sollten wesentliche Auswirkungen auf die Bilanz oder die Haushaltsplanung absehbar sein, sind die städtischen Gremien zu unterrichten und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

(antragsgemäß Magistrat 03.05.2016 BP 0276)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2016
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .07.2016
im Auftrag

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Bock